

# Absurdes Theater auf Brüsseler Art

von

Heiner Flassbeck

WuM, März 2002

Die EU Kommission will der Bundesregierung einen blauen Brief schicken. Adressat soll also ausgerechnet die Regierung sein, die am sich am eifrigsten bemüht hat, den Musterknaben zu geben. Da kommt einem die eigene Schulzeit in den Sinn. Leider hat es nicht gereicht, ist man geneigt zu sagen. Manch einer kann sich noch so viel anstrengen, es hilft alles nichts, die Anforderungen sind zu hoch, seine Leistungsfähigkeit ist zu gering oder beides kommt zusammen. Genau an der Stelle ist es jedoch mit der schönen Analogie zur Schulzeit leider schon vorbei. Wer in der Schule einen blauen Brief erhielt, dem konnte der Lehrer ziemlich genau sagen, was er falsch gemacht hat und warum es am Ende nicht reichte. Nach ihrer eigenen Aussage aber müßte die Kommission in den Brief schreiben, daß Deutschland alles richtig gemacht hat und dennoch das Ziel verfehlte. Da wird die Sache verwirrend.

Wenn einer nach Meinung des Lehrmeisters alles richtig macht und dennoch scheitert, dann ist offensichtlich der Lehrplan falsch bzw. paßt nicht zu den Prüfungsanforderungen. Auf die Bedingungen des Europäischen Währungsraumes übersetzt: Wenn ein Land laut Vertrag trotz richtiger Politik ermahnt werden muß, weil sein Staatsdefizit in die Nähe der drei Prozent gerät, dann ist der Vertrag, der dem zugrunde liegt, unsinnig und muß geändert werden. In der Tat war der sog. Stabilitäts- und Wachstumspakt, den Deutschland den anderen Europäern mit dem Vertrag von Maastricht in letzter Sekunde noch untergejubelt hat, mit heißer Nadel gestrickt und offenbar nicht der Weisheit letzter Schluß. Statt dies aber offen zu diskutieren, betont auch die Bundesregierung wie richtig und wichtig dieser Pakt ist, obwohl er sie in eine unmögliche Situation bringt. Da wird es allmählich absurd.

Es ist aber erst der Anfang des absurden Theaters. Zusätzlich wird in Berlin gestreut, es müsse andere als ökonomische Gründe in Brüssel für die Mahnung geben, es gebe eine schwarze Seilschaft, an deren Brüsseler Ende der deutsche Generaldirektor bei Kommissar Solbes steht. Bald wird man sicher auch herausfinden, daß dieser Generaldirektor mit CDU/CSU hautgout, von Lafontaine einst aus dem Bundesfinanzministerium entlassen, von dieser Bundesregierung vor Kurzem auf diesen wichtigen Posten gehievt worden ist. Da wird es scheinbar vollends absurd.

Im Grunde ist es aber wohl viel einfacher. Alle Beteiligten haben den gleichen naiven Glauben hinsichtlich der Wohltaten eines ausgeglichenen Budgets, sind sich aber über die Folgen ihres Glaubens in der wirtschaftlichen Wirklichkeit in keiner Weise im Klaren. Nichts zeigt das besser als der neueste Akt des absurden Theaters, der da in Brüssel nach dem Motto aufgezogen wird, der deutsche Staatshaushalt, obwohl 2002 weit hinter dem ursprünglichen Konsolidierungsplan, müsse gleichwohl bis 2004 ausgeglichen werden und nicht, wie Berlin das nun plant, bis 2006. Wenn ein Marathonläufer seine Strecke in 3 Stunden absolvieren soll, bei Kilometer 30 aber schon 2 Stunden und 55 Minuten verbraucht hat, muß er - nach der Brüsseler Logik - den Rest eben etwas schneller laufen, um das Ziel noch rechtzeitig zu erreichen.

Ein komplexes staatliches Budget in einer großen offenen Volkswirtschaft kann man nicht ausgleichen wie Tante Emma ihre Bilanz zum Wochenende. Der Staat selbst beeinflusst die Wirtschaft in vielfältiger Weise und wird wiederum von ihr beeinflusst. Wenn eine nationale Regierung so tut, als könne sie den Saldo all dieser Aktivitäten zu irgendeinem weit in der Zukunft liegenden Zeitpunkt vorhersagen und ihr politische Schicksal daran binden, ist sie naiv. Wenn eine gewaltige internationale Administration so tut, als könne sie ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region und das Verhalten der anderen wirtschaftlichen Akteure einem oder allen Ländern in Europa vorschreiben, ihre Staatshaushalte in den nächsten Jahren auszugleichen, ist sie gefährlich naiv.

Über die entscheidende Frage, wie man die Wirtschaft in Europa und Deutschland zum Laufen bringt, macht sich offenbar keiner Gedanken. Daß in den USA der Überschuß des Staatshaushalts in den letzten Jahren nur möglich war, weil die privaten Haushalte ein gewaltiges Konsumfeuerwerk entfachten und die Geldpolitik sich vollständig der Konjunktursteuerung widmete, wird nicht zur Kenntnis genommen. Daß die USA immer noch ein riesiges Defizit in ihrer Leistungsbilanz haben, das die Möglichkeit, von dort der Weltkonjunktur entschei-

dende Impulse zu geben, enge Grenzen setzt, wird in Europa ignoriert. Daß der kurze Aufschwung in Europa nur dem amerikanischen Boom und der Abwertung des Euro geschuldet war, wird verdrängt. Daß der nächste exportinduzierte Aufschwung in Europa von einem fallenden Dollar jäh gebremst werden könnte, will man nicht wahrhaben.

Europa hat zwar die Währungsunion, aber außer ein paar Vorurteilen keinerlei Vorstellung davon, wie in dieser Union erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Wachstum und Jobs gemacht werden kann. Die isolierte juristische Diskussion über die Staatsdefizite zeigt das in unübertrefflicher Klarheit. Wenn sich der Finanzminister eines Mitgliedslandes, das sich mithilfe einer massiven Abwertung vor Beginn der Währungsunion enorme Vorteile gegenüber allen anderen verschafft hat, zum schärfsten Kritiker des Landes aufschwingt, auf dessen Kosten sich sein eigenes Land vorwiegend saniert hat, dann ist mehr als etwas faul im Staate Europa. Auch die einseitige Verteilung der Lasten der Finanzierung Europas und die andauernde Belastung durch die deutsche Einigung gehören auf den Tisch, wenn über die deutschen Staatsfinanzen geurteilt wird. Die Europäische Kommission als "Hüterin der Verträge" hat nicht nur die Pflicht, juristische Spiegelfechtereie zu betreiben, sondern vor allem die Aufgabe, die ökonomischen Zusammenhänge angemessen zu würdigen.